

Beitrag der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zum Stakeholder-Gespräch der Kommission zur Sozialstaatsreform am 12.09.2025

Die ZWST begrüßt als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege die Einrichtung der Kommission zur Sozialstaatsreform und bedankt sich für die Möglichkeit, unsere Perspektive in die Beratungen einzubringen.

Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für Subsidiarität und Sozialstaatlichkeit

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine tragende Säule des deutschen Sozialstaats und prägt maßgeblich die praktische Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips. Sie übernimmt soziale Aufgaben primär dort, wo private Kräfte und gesellschaftliche Gruppen bedarfsgerechte Unterstützung und Teilhabe gewährleisten können. Die Freie Wohlfahrtspflege bietet nicht nur soziale Dienstleistungen, sondern ist aktiver Partner des Staates in der Entwicklung und Sicherung sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Funktion der Wohlfahrtsverbände für sozialen Ausgleich, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie

Wohlfahrtsverbände wirken als Mittler, Advokat und Sozialinnovator. Sie stehen für einen inklusiven Ansatz, in dem die Interessen benachteiligter Menschen gezielt in gesellschaftliche Prozesse eingebracht werden. Unser Engagement fördert sozialen Ausgleich, indem wir niedrigschwellige, kultursensible und gemeinwohlorientierte Angebote machen, deren Vielfalt einen Schutz gegen Ausgrenzung und Segregation darstellt. Damit stärken wir demokratische Werte wie Teilhabe, Pluralismus und Solidarität und langfristig die Stabilität und Akzeptanz demokratischer Strukturen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und wachsender Ungleichheit bleibt der Ausgleich sozialer Gegensätze für den inneren Frieden unabdingbar. Die Zusammenarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hat für die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) als kleinsten Wohlfahrtsverband eine große Bedeutung. Die BAGFW bündelt die Kräfte und Interessen der Verbände, die aus unterschiedlichen weltanschaulichen und religiösen Traditionen stammen, und vertritt sie gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Für die ZWST, die den Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrtspflege bildet, ist die Mitgliedschaft in der BAGFW überlebenswichtig, um als kleinster Verband politisch Gehör zu finden und an der gemeinsamen fachlichen und organisatorischen Arbeit zu partizipieren. Zusammen stehen wir für ein gemeinsames Verständnis von Sozialstaatlichkeit, getragen von den Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität und Personalität. Dabei ist uns als ZWST unser Leitbild der "Zedaka" in unserer Rolle als Anwalt für sozial benachteiligte Menschen integraler Bestandteil unseres Handelns.

Position und Forderungen der ZWST

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) repräsentiert als bundesweit tätiger Wohlfahrtsverband die jüdischen Gemeinden, zu deren Mitgliedern primär Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete und ältere Menschen gehören.

1. Notwendigkeit leistungsfähiger und zugänglicher Sozialsysteme

Nicht nur unsere Klientel ist auf funktionierende, gerechte und niedrighschwellige soziale Sicherungssysteme angewiesen. Die ZWST erkennt insbesondere bei Menschen mit komplexen Lebenslagen und Mehrfachdiskriminierungen großen Verbesserungsbedarf beim Zugang zu Leistungen, der Beratungskompetenz der Behörden und der Neutralität der Verfahren. Eine fragmentierte Sozialverwaltung und unterschiedliche Regelungen wirken oft ausgrenzend und schaffen Intransparenz.

2. Sozialstaatsreform im Licht des Subsidiaritätsprinzips

Die Reformpreise müssen das bewährte Zusammenspiel zwischen öffentlicher Hand und Freier Wohlfahrtspflege stärken. Die ZWST fordert:

- einen deutlichen Vorrang gemeinnütziger Träger gegenüber gewinnorientierten Leistungserbringern bei der Gestaltung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Sozialstaat,
- partnerschaftliche, verlässliche und langfristige Förderstrukturen,
- eine umfassende Einbindung der zivilgesellschaftlichen Kompetenz in die Entwicklung digitaler Sozialangebote und bei der Vereinfachung von Zugriffen auf Leistungen.

3. Zugänglichkeit und Teilhabe absichern

Die ZWST fordert, dass die geplante Digitalisierung sozialer Leistungen barrierearm, kultursensibel und mehrsprachig ausgestaltet wird. Gerade vulnerable Gruppen benötigen unabhängige, niedrighschwellige Zugänge, vor Ort präsente Beratung und die Berücksichtigung spezifischer Bedarfe. Intersektionale Benachteiligungen – etwa von jüdischen Migrantinnen und Migranten oder älteren Migranten – dürfen nicht weiter verstärkt werden.

4. Für soziale Innovation und Prävention

Die ZWST regt an, Präventionsaufgaben und innovative Sozialarbeit systematisch zu fördern. Programme der Antisemitismusprävention, psychischen Gesundheit und Integration sollten Bestandteil der Sozialstaatsreform werden. Die Bundesprogramme zur Demokratieförderung und die psychosozialen Hilfen für Geflüchtete sind zu verstetigen und auszubauen.

5. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Ein moderner Sozialstaat muss stärker als bisher auch Demokratie, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Die Wohlfahrtsverbände agieren als Orte der gelebten Demokratie, Partizipation und Solidarität und sollten als solche auch politisch gestärkt werden.

6. Sozialdaten schützen, Beratungsanspruch stärken

Die ZWST plädiert für einen sorgsamem Umgang mit Sozialdaten und fordert zugleich einen rechtlich gesicherten Beratungsanspruch – insbesondere für Angehörige von Minderheiten und Zugewanderten –, damit niemand durch Bürokratie oder fehlende Information von sozialen Leistungen ausgeschlossen bleibt.

7. Soziales Schutzniveau sichern

Alle Reformen müssen unter der Prämisse stattfinden, das bestehende soziale Schutzniveau zu erhalten. Es darf unter keinen Umständen zu Leistungskürzungen, höheren Zugangshürden oder Ausschlüssen kommen – unabhängig von Nationalität, Alter, Religion oder anderen Merkmalen.

Altersarmut ist für die ZWST ein zentrales sozialpolitisches Handlungsfeld und betrifft viele unserer Zielgruppen in besonderem Maße.

Viele ältere Menschen mit jüdischem Hintergrund in Deutschland stehen vor besonderen Herausforderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Sicherung im Alter. Dies gilt insbesondere für Holocaustüberlebende, Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion sowie weitere Zuwanderungsgruppen der letzten Jahrzehnte. Typisch sind häufig unterbrochene Erwerbsbiografien, Phasen der Verfolgung und Migration, niedrige Rentenansprüche sowie erschwerte Bedingungen beim Zugang zu Sozialleistungen. Insbesondere Zutrittsbarrieren beim Bezug von Grundsicherung im Alter und ergänzenden Leistungen führen in der jüdischen Community zu überdurchschnittlichen Armutsrisiken.

Forderungen und sozialpolitische Empfehlungen

- Vereinfachung der Verfahren: Die ZWST setzt sich für eine massive Entbürokratisierung, mehrsprachige Angebote und bessere Aufklärung ein, wie sie auch die Kommission zur Sozialstaatsreform vorsieht. Besonders wichtig ist eine zusammengefasste, niedrighschwellige Antragstellung für Renten- und Sozialleistungen sowie eine gezielte Einzelfallberatung durch interkulturell sensibilisierte Fachkräfte.
- Pauschalierung von Leistungen: Die Möglichkeit, Leistungen im Sinne der Rechtsvereinfachung pauschal zu gewähren, kann den Zugang verbessern und verdeckter (Alters-)Armut entgegenwirken.
- Sicherung des sozialen Schutzniveaus: Aus unserer Perspektive ist es essenziell, jegliche Absenkung des sozialen Schutzniveaus zu verhindern und alle Reformen am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit auszurichten.
- Die Anerkennung von außerhalb Deutschlands erworbenen Qualifikationen, insbesondere von Akademikerinnen und Akademikern muss beschleunigt und modernisiert werden. Ein qualifikationsferner Vermittlungsvorrang führt zur Aufnahme prekärer, subventionierter Beschäftigungsverhältnisse deren nicht rentenfeste Einkommen langjährigen Transferleistungsbezug im Alter nach sich ziehen.

Die ZWST steht gerne bereit, ihre Expertise und ihre Netzwerke weiterhin in die Beratungen der Kommission einzubringen, um eine nachhaltige, gerechte, soziale und inklusive Modernisierung des deutschen Sozialstaats gemeinsam zu gestalten.